

# Weder dramatisieren noch verharmlosen

terra cognita hat einige wissenschaftliche Erkenntnisse zum Themenkreis «Gewalt und Migration» aufgearbeitet. Daraus ergeben sich vielfältige Fragen an die Politik. Wir haben einige davon der Zürcher Ständerätin Trix Heberlein und dem Zuger Regierungsrat Hanspeter Uster gestellt.

**70** terra cognita: Jeden Frühling werden städtische und kantonale Kriminalstatistiken veröffentlicht. Sie listen in der Regel auch den Anteil an ausländischen Tatverdächtigen auf. Da nicht in allen Kantonen die gleichen Erhebungsmethoden angewandt werden, ist ein Zusammenschluss zu einer nationalen Statistik der gemeldeten Verbrechen schwierig. Brauchen wir eine solche Statistik überhaupt?

■ Trix Heberlein: Meiner Meinung nach brauchen wir eine national vergleichbare Statistik, die – wie alle Statistiken – interpretiert werden muss. Sie ist notwendig, um zu wissen, wo wir z.B. bei der Prävention oder der Integration von Ausländern ansetzen müssen.

■ Hanspeter Uster: Eine gesamtschweizerische Statistik wäre ein wichtiges Hilfsmittel, damit kriminalpolitische Entscheide nicht aus dem Bauch heraus gefällt werden. Deshalb hat die Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz bereits vor

Jahren eine solche Statistik verlangt. Mit einer auf vergleichbaren Daten fussenden Analyse kann besser gezeigt werden, dass die als «Ausländerkriminalität» bezeichneten Delikte einen engen Zusammenhang haben mit Alter und Geschlecht (junge Männer) sowie mit Bildung, Grad der sozialen (Des-)Integration, Schichtzugehörigkeit und auch mit dem Urbanisierungsgrad der Wohngegend.

*In der Gewaltprävention besonders gefordert sind verschiedene Berufsgruppen: z.B. Polizistinnen und Polizisten, Angestellte im Justiz-Vollzug, Jugendarbeiter, Lehrkräfte. Für sie existieren verschiedene Weiterbildungsangebote. Genügen diese Angebote oder müsste man mehr für ihre Unterstützung tun?*

■ Hanspeter Uster: Gewaltprävention ist eine Aufgabe nicht nur des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft. Weiterbildung der staatlichen Akteure ist zwar ein wichtiger Aspekt; sie reicht aber nicht aus, um weiter zu kommen. Gefragt sind deshalb auch gesellschaftlich breit verankerte und auch die Wirtschaft einbeziehende Initiativen, die niederschwellig Wirkung entfalten.

*Sei es wegen zu schnellen Fahrens, sei es wegen Gewaltanwendung im Streit: Seit Monaten sind die «Jungen vom Balkan» in den Schlagzeilen. Stellt diese Personengruppe tatsächlich ein Problem für die Gesellschaft in der Schweiz dar oder wird ihnen einfach die Rolle des Sündenbocks zugeteilt?*

■ Trix Heberlein: Wir suchen gerne «Sündenböcke», müssen uns aber hüten, ein Problem zu ethnisieren, denn damit

laufen wir Gefahr, die grosse Mehrzahl jener zu verunglimpfen, die sich korrekt verhalten. In der Prävention (auch bei der Ausbildung, z.B. in den Fachhochschulen) muss jedoch den Realitäten Rechnung getragen werden.

*Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt: Bei einem Teil der Jugendlichen, die in zweiter Generation in der Schweiz leben und eigentlich sprachlich und zum Teil schulisch gut integriert sind, zeigt sich eine erhöhte Gewaltbereitschaft. Sie geben sich – im Gegensatz zu ihren Eltern – nicht zufrieden mit dem, was ihnen das Leben hier bietet, sondern sie sehen vor allem, was ihnen verwehrt bleibt. Welche Akteure scheinen Ihnen besonders geeignet zu sein, hier zu intervenieren?*

■ Hanspeter Uster: Sowohl Dramatisierung wie auch Verharmlosung sind falsche Herangehensweisen. Erst eine nüchterne Analyse und die Aufarbeitung der gewonnenen Erkenntnisse schaffen die Grundlage, um unaufgeregt die notwendigen Massnahmen zu treffen. Das sind Massnahmen des Staates (Polizei, Justiz, Schule, Berufsbildung, soziale Institutionen u.a.), aber auch von Wirtschaft (Lehrstellen, niederschwellige Arbeitsplätze mit Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten) und der Gesellschaft (Zivilcourage, nicht repressive Konfliktgestaltungsinstrumente). In Zug entstand, unterstützt mit einem Beitrag des Kantons, auf private Initiative hin das Zentrum Konfliktgestaltung, das genau in diese Richtung zielt und wirkt.

■ Trix Heberlein: Die Integrationsbestrebungen sind auf allen Stufen zu verstärken: vom Kindergartenalter bis zu den Erwachsenen. Gute Beispiele gibt es in vielen Gemeinden und Vereinen, welche ausländische Frauen und Mütter mittels Sprachkursen oder Einbezug in ihre ordentlichen Aktivitäten usw. integrieren. Auf gesetzgeberischer Ebene müssen wir verlangen, dass Sprachkenntnisse und Akzeptanz unserer Gesetze als Bedingungen für eine dauernde Niederlassung gelten.

*Es gibt kaum mehr eine Pressemeldung der Polizei, welche bei Tätern oder Tatverdächtigen die Nationalität nicht nennt, kaum ein Medium, welches diese Beschreibung nicht weitergibt. Bei Abstimmungs- und Wahlkampagnen in der jüngeren Vergangenheit wurde mit der These der «erhöhten Gewaltbereitschaft» von Ausländern Stimmung gemacht. Es entsteht der Eindruck, Ausländer seien generell krimineller als Einheimische. Denken Sie, dass dieses Bild einer Korrektur bedarf? Was könnte die Politik zu einer solchen Korrektur beitragen?*

***Trix Heberlein vertritt seit 2003 den Kanton Zürich als Ständerätin in Bern und ist Vize-Präsidentin der Staatspolitischen Kommission. Sie ist FDP-Mitglied.***

***Hanspeter Uster ist seit 1991 Regierungsrat der Alternative Kanton Zug. Er leitet die Sicherheitsdirektion.***

## ***Ni dramatiser ni minimiser***

***terra cognita a mis à jour un certain nombre de découvertes et conclusions scientifiques sur le thème «violence et migration». Il en découle de multiples questions qui se poseront à la politique. Nous avons posé certaines d'entre elles à Trix Heberlein, conseillère aux Etats zurichoise et à Hanspeter Uster, conseiller d'Etat zougais. Tous deux considèrent qu'il importe de disposer d'une statistique criminelle nationale qui permette des comparaisons. Pour le conseiller d'Etat Hanspeter Uster, cette statistique constituerait un moyen auxiliaire important dans le déploiement d'une politique efficace de lutte contre la criminalité. Il met aussi l'accent sur le fait que la prévention de la violence ne devrait pas seulement être une tâche de l'Etat, mais qu'elle concerne toute la société civile. Quant à la conseillère aux Etats Trix Heberlein, elle est d'avis qu'une forte prédisposition à la violence est un problème général lié aux jeunes en général et pas seulement aux jeunes étrangers. Voilà pourquoi il importe de faire de la prévention dans ce domaine.***

■ Trix Heberlein: Neue Untersuchungen zeigen eher geschlechtsspezifische Unterschiede bezüglich Gewaltbereitschaft. Jugendbanden sind eher männlich und nicht so sehr «ausländisch». Die erhöhte Gewaltbereitschaft ist ein Phänomen, das ganz generell angegangen werden muss, nicht allein für ausländische Jugendliche. Die Veröffentlichung vergleichbarer Statistiken aus den Kantonen kann dazu beitragen, das Bild richtig zu stellen.

■ Hanspeter Uster: Auch wenn die Informationspolitik nicht überall die gleiche ist, könnte eine andere Art dazu führen, dass die gleichen Kreise behaupten, es werde etwas unter den Tisch gewischt. Die Politik muss aber immer wieder auf die Gründe für die Kriminalität hinweisen, die Andrea Haenni Hoti treffend in ihrem Aufsatz dargestellt hat und die nicht primär mit Ethnie und Nationalität zu tun haben. Wir Politikerinnen und Politiker müssen aber über das Repressive hinaus Prävention im Sinne von Integration, Bildung, sozialem Ausgleich, Raumplanung (Ghettoisierung!) und Arbeitsmarktpolitik leisten und die notwendigen Ressourcen bereitstellen; es lohnt sich!